



Bankenaufsicht

Farbenlehre

Rot, Gelb, Grün – die Bedeutung dieser Farben kennen Kinder schon seit ihren ersten Gehversuchen im allgemeinen Straßenverkehr. Doch auch Banker gewöhnen sich im Alltag und im Umgang mit der Bankenaufsicht mehr und mehr daran. Denn im Jahre 2007 haben BaFin und Bundesbank ihr im Jahre 2006 implementiertes Risikoklassifizierungssystem fortgeführt. Mit Erfolg, wie Karlheinz Walch von der Deutschen Bundesbank auf der Konferenz „Bankenaufsicht im Dialog“ ausführte. Denn obwohl im vergangenen Jahr gleich zwei Banken – Sachsen-LB und IKB – nur dank familieninternen Übernahmen beziehungsweise Unterstützung aus allen Bankengruppen vor der Insolvenz bewahrt werden konnten, hätte sich das Frühwarnsystem bewährt, auch wenn es beide Fälle nicht in der ihnen gebotenen Dramatik erkannt hätte.

Insgesamt ist die Risikosituation des deutschen Bankensektors trotz Subprime keineswegs besorgniserregend, auch wenn die schlagzeilenträchtige Berichterstattung mitunter anderes vermuten ließe. Gemessen an den einmal im Jahr erstellten Risikoprofilen, die die Bundesbank entwirft und die von der BaFin finalisiert und beschlossen werden, befinden sich lediglich 4,4 Prozent der Institute im äußerst gefährdeten „roten“ Bereich (genannt D), das sind 1,1 Prozentpunkte weniger als noch vor einem Jahr. Dass es sich dabei ausschließlich um Institute mit mittlerer und geringer Systemrelevanz handelt, kann weiter als beruhigend empfunden werden. Auch der Anteil der „orangefarbenen“ Institute des Segmentes C liegt mit 12,5 Prozent unter dem Vorjahreswert von 14,2 Prozent. Dagegen nahm die Anzahl der Institute mit höchster Risikoqualität (grün beziehungsweise Klasse A) um fünf Prozentpunkte auf 43,7 Prozent zu. Bei Betrachtung der Risikosituation in den drei Bankengruppen schneiden die Genossenschaftsbanken am besten ab. 43 Prozent der 1 240 Institute befinden sich in A, 42 Prozent in B, 11 Prozent in C und nur 4 Prozent in D. Dahinter folgen die 447 Sparkassen – 44 Prozent in A, 37 Prozent in B, 13 Prozent in C und 6 Prozent in D – vor den 182 Kreditbanken, die mit insgesamt 21 Prozent den größten Anteil in den Klassen C (14 Prozent) und D (7 Prozent) haben, in A und B liegen jeweils rund 40 Prozent.

Die wieder gewachsene Stabilität des deutschen Bankensektors zeigt sich auch am Rückgang der Kreditsonderprüfungen von 103 im Jahr 2006 auf nur noch 35 im Berichtsjahr. Dass die Gesamtzahl der Prüfungen mit 280 (im Vorjahr 287) nahezu unverändert blieb, lag vor allem an den „organisatorisch“ bedingten Prüfungen. Allein die auf den § 25 KWG bezogenen Untersuchungen stiegen von 98 auf 112, die Fälle des genaueren Betrachtens der internen Ratingansätze der Banken deutlich von 29 auf 70. Auch in dieser Statistik ragen wiederum die Kreditgenossen heraus. Lediglich knapp sieben Prozent der Prüfungen entfielen auf diesen Sektor, 36,3 Prozent auf die Kreditbanken, 21,8 Prozent auf sonstige Institute und 17,5 Prozent auf die Sparkassen-Finanzgruppe. Im BaFin-Geschäftsbericht 2007 heißt es dazu: „Die deutlich höhere

Quote bei den Kreditbanken, den sonstigen Instituten und den Instituten des Sparkassensektors spiegelt zum einen die größere Systemrelevanz dieser Institute im Sinne der Risikomatrix wider. Zum anderen schlagen sich bei diesen Institutsgruppen aber auch die Sonderbelastungen durch die antragsgetriebenen IRBA- und AMA-Prüfungen sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Deckungsprüfungen nieder. Beide Prüfungsarten kamen im Genossenschaftssektor kaum vor.“

Diesen Ergebnissen zufolge zeigt sich auch bei den „aufsichtlichen Beanstandungen und Maßnahmen“ eine Beruhigung gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt gingen sie von 113 auf 94 zurück. Hier sind allerdings nun wiederum die Kreditgenossen besonders betroffen. So wurden 37 Institute wegen gravierender Beanstandungen angeschrieben, bei fünf Genossenschaftsbanken sind sieben Geschäftsleiter von der BaFin verwarnet worden oder es wurde ihre Abberufung verlangt, und bei einer Kreditgenossenschaft hat die Behörde eine sogenannte Maßnahme bei Gefahr verfügt. Neun gravierende Beanstandungen betrafen die Kreditbanken, weitere 19 Institute des Sparkassensektors, wo auch eine Maßnahme gegen einen Geschäftsleiter erfolgte. Angesichts der Fülle der von den Banken zu bewältigenden Themen, von Abgeltungssteuer über Geldwäsche bis MiFID, sind all diese Zahlen aber keineswegs zu hoch. Im Gegenteil. Und das trotz eines schweren Bankenjahrs 2007 und weiterhin widrigen Rahmenbedingungen im laufenden Jahr.

Wettbewerb

Konkurrenz mit Ansage

Mit dem Finanzministerium legt sich die Kreditwirtschaft nicht gerne an. Denn sie braucht es allzu oft als Partner bei der konstruktiven Umsetzung vieler relevanter Gesetze. Und sie baut bekanntlich in vielfacher Weise auf den zuständigen Minister und seine Mannschaft bei der Vertretung von Finanzplatzinteressen in Brüssel und auf internationaler Ebene. Vielleicht mag es mit diesen speziellen Berührungspunkten zusammenhängen, dass die Branche zunächst nicht lauter aufgeschrien hat, als die Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur Ende Mai dieses Jahres angekündigt hat, ihr Angebot an festverzinslichen Wertpapieren um ein „neues, speziell für Privatanleger konzipiertes Anlageprodukt“ zu erweitern. Die sogenannte Tagesanleihe wird vom Anbieter offensiv als Neuerung präsentiert, die die wesentlichen Eigenschaften eines Tagesgeldkontos mit den Vorteilen eines Bundeswertpapiers verbindet.

Völlig überraschend ist dieses Angebot des zentralen Dienstleisters für das Schuldenmanagement des Bundes indes nicht gekommen – zumindest für die näheren Beobachter nicht. Denn schon bei der Einführung des neuen Geschäftsführers Carl Heinz Daube durch Finanzstaatssekretär Thomas Mirow Mitte Februar dieses Jahres, gab es von beiden Seiten die klare Ansage, das seit knapp zwei Jahren angebotene Privatkundengeschäft nachhaltig ausbauen zu wollen. Damals wurde von wesentlichen Innovationen im Privatkundengeschäft gesprochen, um eine weiteren Optimierung der Kosten-Risiko-Struktur der Kreditaufnahme voranzutreiben, und versprochen, mit dem Raumschiff Finanzagentur die

nächste Stufe zu zünden. Rückblickend hätte die Finanzbranche also wissen sollen, was aus Frankfurt droht.

Am schnellsten öffentlich interveniert hat der Genossenschaftssektor mit dem aufsichtserprobten Gerhard Hofmann sowie dem dieser Tage ausscheidenden BVR-Präsidenten Christopher Pleister. Bis deren Einwände in einen gemeinsamen Brief der Präsidenten von BdB, BVR und DSGV an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück mündete, vergingen dann noch aber gut drei Wochen. Nun aber haben die drei großen ZKA-Verbände mit volumenstarkem Einlagen- und Tagesgeldgeschäft (VÖB und vdp waren nicht beteiligt) aber klar gemacht, dass sie die Produktinnovation der Finanzagentur eindeutig als Konkurrenzprodukt in einem ihrer Kerngeschäftsfelder betrachten. Moniert werden insbesondere die Kostenvorteile des staatlichen Schuldenverwalters aufgrund fehlender aufsichtsrechtlicher Regeln und der steuerlichen Behandlung.

Dass die ordnungspolitischen Bedenken der Kreditwirtschaft zu Recht vorgetragen und auch öffentlich diskutiert werden, belegen die Formulierungen der Finanzagentur zum Start am 1. Juli. Die Hinweise auf das wachsende Interesse der Bestandskunden am neuen Produkt, die offensive Betonung des einfachen und kostengünstigen Erwerbs über das Internet und nicht zuletzt die fiktive Renditeberechnung von 3,85 Prozent bei einer Begebung des Produktes bereits am 1. Januar 2008 erinnern doch stark an den Instrumentenkasten der Marketingabteilungen der Banken. Wie sehr die Tagesanleihe der Finanzagentur in der Praxis wirklich als direkte Konkurrenz zum Tagesgeld gesehen werden muss, dürfte auf mittlere und längere Sicht der Blick auf die Verbrauchermassen zeigen. Wenn diese in ihren Rankings und Bewertungen das neue Angebot der Finanzagentur verstärkt mit den Konditionen von Tagesgeld messen, ist dies ein untrügliches Zeichen für die Wettbewerbslage. Allem Eindruck nach birgt das neue Angebot auf Jahre hinaus Konfliktpotenzial. Ähnlich wie bei der IpeX Bank mischt sich letztlich der Staat der lukrativen Ertragsaussichten wegen in ureigene Geschäftsfelder der Banken ein.

Sparkassen

Zurechtgestutzte Landesbanken

Anlässlich des Bayerischen Sparkassentages Anfang dieses Monats in Garmisch-Partenkirchen hielt der Präsident des DSGV, Heinrich Haasis, eine viel gelobte Rede zur Zukunftsfähigkeit der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Redaktion zitiert in Auszügen einige Überlegungen zu Landesbanken:

„Nun ist allerdings kaum zu bestreiten, dass das aus dem Verbund zu erreichende Geschäft für die heutigen Kapazitäten der Landesbanken nicht ausreicht. [...] Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Kapazitäten vor allem deshalb so hoch sind, weil das Kapitalmarktgeschäft in den letzten Jahren so stark ausgeweitet worden ist. Diese Kapazitäten im Markt wieder voll einzusetzen hieße, wiederum in erheblichen Größenordnungen übermäßige Risiken einzugehen. Ich denke, jeder Verantwortliche muss zur Kenntnis nehmen, dass dies die Sparkassen nicht wollen – und nach meiner Beobachtung auch die hinter den Ländern als Mit-

träger stehenden Bürgerinnen und Bürger nicht wollen. Eine Umsteuerung dieser Kapazitäten in das Retailgeschäft ist gleich aus mehreren Gründen betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll: Erstens ist dieser Markt bekanntermaßen sehr eng. Ich bin nicht davon überzeugt, dass der Markt auf Landesbanken im Retailgeschäft wartet. Zweitens haben die Sparkassen naturgemäß auch kein Interesse, dass ihre Tochter Landesbank ihnen mit ihrem eigenen Kapital den eigenen Markt streitig macht. Niemand wird Geld investieren, um das eigene Geschäftsmodell anzugreifen. [...] Schlüssel für stabile Geschäftsmodelle der Landesbanken ist eine Reduzierung auf die im Markt benötigten Größenordnungen.

[...] Bei alledem werden wir unterschiedliche Zielsetzungen der Länder berücksichtigen müssen und auch wollen. Mit Ländern, die sich aus Landesbanken zurückziehen wollen, sind Verständigungen über gemeinsame Verkäufe möglich. Ebenso halten wir es für denkbar, schrittweise Ausstiege von Ländern aus fusionierten Landesbanken zu verabreden. [...] Ich will aber ebenso deutlich sagen, was wir nicht wollen: Die etwa vom Sachverständigenrat vorgeschlagene Privatisierung von Landesbanken ist in dieser Form nicht sinnvoll. Dieser Vorschlag steht im Widerspruch zu der vom Rat selbst hervorgehobenen Notwendigkeit einer intensiven Verbundzusammenarbeit. [...] Mit einem Eintritt privater Anteilseigner käme es zu divergierenden Investoreninteressen in Landesbanken, die eine Verbundzusammenarbeit mit Sparkassen erschweren würden.

Verbriefungen

Deutschland als Vorbild?

Im Zuge der noch immer anhaltenden Finanzmarktkrise ist an verschiedenen Stellen von Sippenhaft die Rede. So fühlen sich beispielsweise einige Landesbanken von den Subprime-Schiefenlagen ihrer Schwesterinstitute um den guten Ruf gebracht. Und die hiesigen Großbanken haben im Rahmen ihrer Quartalsberichterstattung per Ende März großen Wert darauf gelegt, anders als so mancher Wettbewerber aus dem Ausland ohne Kapitalmaßnahmen und auch ohne die am Markt so misstrauisch beäugte Fair-Value-Bewertung auf der Passivseite ausgekommen zu sein – zumindest bislang.

Um eine Herausarbeitung der feinen Unterschiede sind seit Monaten auch die besonders tangierten Marktsegmente bemüht. Unermüdlich verdeutlichen etwa die Interessenvertreter der hiesigen Verbriefungsbranche, dass in Deutschland andere Rahmenbedingungen herrschen und viele der heute geforderten Maßnahmen für den ABS-Markt hier bereits umgesetzt sind. Sie bekennen sich uneingeschränkt zu den Regularien des hiesigen Marktes und loben in diesem Zusammenhang ein Verbriefungsgrundschreiben als bis heute wegweisend, das schon aus dem Jahre 1997 resultiert, also weit vor der Zusammenlegung der Aufsichtsämter in der BaFin. Entsprechend selbstbewusst plädieren sie für eine saubere Analyse, offene Aufklärung sowie eine bessere Transparenz der Geschäftsabläufe. Als Termin für ihre jüngste Informationsoffensive hatte die True Sale International (TSI) dabei ganz bewusst den symbolträchtigen 20. Juni gewählt, also just den ersten Jahrestag

des bis dahin deutlichsten Signals der Subprime-Krise. Seinerzeit hatte Bear Stearns an den Kapitalmärkten die Notwendigkeit einer Rettungsaktion für den in Schwierigkeiten geratenen Hedgefonds ihrer Vermögensverwaltungssparte eingeräumt.

Die Bestandsaufnahme der TSI fällt für dieses vergangene Jahr gleichwohl ernüchternd aus. Zwar hat das Verbriefungsvolumen in Euro immerhin den Stand aus dem Jahr 2005 verteidigt, doch die Struktur der Transaktionen hat sich deutlich verschoben – eine Beobachtung, die sich im ersten Halbjahr 2008 eher noch verstärkt haben dürfte. Öffentliche Transaktionen sind demnach seit Juli vergangenen Jahres extrem zurückgegangen und in hohem Maße durch Geschäfte mit den Notenbanken aufgefangen worden. Insbesondere in Spanien, aber auch in Großbritannien ist die Weiterreichung verbrieft Senior Tranchen an die Notenbanken in den vergangenen Monaten zu einer unverzichtbaren Refinanzierungsquelle geworden. Ihr Anteil am gesamten Emissionsvolumen wird derzeit auf bis zu 80 Prozent veranschlagt. Ob diese Entwicklung die Geldpolitik der Notenbanken nicht gravierend tangiert, wie diese bislang behaupten, hängt sicher auch mit den Volumina und der Zeitdauer solcher Transaktionen zusammen.

Parallel dazu haben sich die Spreads an den Verbriefungsmärkten in der Spitze gleich um das 10- bis 18-fache erhöht. Dass bei dieser Preisfindung der spanische oder auch der britische Markt noch höher abgestraft wurden als der deutsche, mag man als Zeichen für eine beginnende Ausdifferenzierung nach Qualitätskriterien werten, von den Verwerfungen verschont blieb der deutsche Markt allerdings nicht. Laut dem vierten Jahresbericht der Initiative Finanzstandort Deutschland fiel das ausschließlich mit deutschen Assets unterlegte verbrieft Kreditvolumen um mehr als die Hälfte – von 47,7 Milliarden Euro im Jahre 2007 auf 21,8 Milliarden Euro im vergangenen Jahr. Einig ist sich die hiesige Szene in ihrer Forderung nach höherer Transparenz am Verbriefungsmarkt. Sowohl die TSI-Verbriefungsplattform mit ihren umfangreichen Möglichkeiten des Reportings als auch die Zertifizierung durch die TSI werden als Beispiele für europa- oder weltweite Qualitätsmaßstäbe angesehen. Wieso sollte es nicht – ähnlich wie dem Industriestandard – eine Norm geben, die bei der Verbriefung die Einhaltung von Mindestanforderungen garantiert?

Unbeirrter Pionier des Instruments der Verbriefung bleibt die Volkswagen Bank AG. Rund ein Fünftel des hauseigenen Refinanzierungsvolumens beschafft sie sich mittlerweile auf diesem Wege. Mit Driver Five hat sie zu Beginn dieses Jahres ohne Schwierigkeiten eine weitere Milliarden-Verbriefungstransaktion über die TSI-Plattform durchgeführt. Als erste größere, öffentlich platzierte True-Sale-ABS-Transaktion seit Sommer 2007 war das die mittlerweile neunte von der TSI zertifizierte Transaktion.

Finanzmärkte

Die Gewinner der Krise

Prof. Dr. Jürgen Singer, Universität Leipzig, schreibt der Redaktion: „Jede Krise hat nicht nur sehr viele Verlierer, sondern auch – meist wenige – Gewinner. Wer sind die Krisengewinner der jetzigen, von

der internationalen Financial Community fahrlässig und leichtsinnig hervorgerufenen Finanzkrise, die ausging von Subprime-Krediten in den USA und inzwischen viele ‚Väter und Mütter‘ hat? Der erste Krisengewinner ist die Wirtschaftsprüfer-Kaste. Diese Gruppe kommt erstaunlich gut weg, obwohl auch sie ein großes Päckchen Mitschuld trägt. Haben die Wirtschaftsprüfer in den USA geschlummert, als sie die Hypotheken-Kreditgeber geprüft haben? Hielt der Schlaf an, als sie die verbrieften Kredite in den Bilanzen von Investmentbanken oder Versicherungen betrachtet haben? Wie haben KPMG, PwC, Ernst & Young und Konsorten bei der Prüfung von IKB, Sachsen-LB, Bayern-LB gearbeitet, um nur bei einigen hiesigen Fällen zu bleiben?

Große Wirtschaftsprüfungsunternehmen waren bei vielen Schief-lagen, ob von Einzelinstituten oder auch der gesamten Branche involviert. Nach dem Ausbrechen der Krise erhielten sie regelmäßig Sonderaufträge und führten Sonderprüfungen durch. Bei solchen Prüfungen können sie übrigens strenger agieren, da sie im Vergleich zur Jahresabschlussprüfung unabhängiger sind. Bei Ersterer lassen sie sich jedenfalls stärker von der Hoffnung auf Folgemandate leiten. Außerdem müssen sie bei den intensiven Sonderprüfungen nicht Konkurrenten beachten, die vielleicht das Prüfungsmandat ergattern möchten. Stattdessen können sie sich sogar gegenüber konkurrierenden Unternehmen ‚in ein gutes Licht stellen‘, wenn sie grobe Schwachpunkte aufdecken. Sie können sich quasi profilieren, indem sie höchste Prüfungsmaßstäbe anlegen. Offensichtlich herrscht eine große Diskrepanz zwischen den Prüfungsmaßstäben in Sonderprüfungen und der gewöhnlichen Jahresabschlussprüfung.

Wenn in Zukunft, so ist zu befürchten, der Regulierungswahnsinn einen ‚kräftigen Schub‘ erhält, dann erwächst daraus sogar ein neues Geschäftspotenzial für die Wirtschaftsprüfungsunternehmen: Engagement in der Umstellung und Implementierung der zu befürchtenden Neuregelungen, Schulung der Mitarbeiter, Überprüfung der ausgeweiteten Vorschriften und Bestimmungen.

Der zweite Krisengewinner ist die Bankenaufsicht. Sie ist zwar im Gegensatz zur Prüfungsbranche eine Nonprofit-Organisation. Gleichwohl dürfte auch sie aus der jetzigen Krise gestärkt hervorkommen, denn es wird voraussichtlich mehr denn je beaufsichtigt und reguliert werden. Diese Prognose lässt sich jedenfalls aus den jetzt von Politikern jeglicher Couleur, von der EU-Kommission und vielen Institutionen abgegebenen Kommentaren herauslesen. Ein gutes Beispiel dafür aus der Vergangenheit ist die britische Bankenaufsicht. Nach jeder Schief-lage, ob BCCI oder Barings Bank, forderte die Aufsicht mehr Personal. Das Northern-Rock-Debakel dürfte nun zur weiteren Personalaufstockung führen. Mehr Aufsicht bedeutet aber nicht zwingend höhere Qualität.

Das Resultat könnte einmal mehr ein weiterer heftiger Rundumschlag ins Leere sein, schließlich ist auch die jetzige Krise trotz steigender Regulierung und intensiver Bankenaufsicht jahrelang unter der wohlwollenden Betrachtung des ehemaligen Leiters des Federal Reserve Board, Alan Greenspan, herangewachsen. Wenn übrigens mit Blick auf Deutschland von verschiedenen Seiten gefordert wird, die BaFin solle in Zukunft auch die KfW beaufsichtigen, dann ist zu Recht darauf hinzuweisen, dass sie längst für die IKB zuständig war und ist – und dort die Krise jahrelang unter ihrem wohlwollenden Auge monströs angewachsen ist.“